

Deutschland. Und ihre Führerin, die Kommunistische Partei, deren systematischer Vorkursch und beispiellos Aufschwung dem Weg zum Sieg aufzeigt, steht an allen Fronten des Kampfes an der Spitze der Massen. Sie zu stärken, ihre Front zu verbreitern, für sie zu werden, das wird zu einer Existenzfrage für die Arbeiterklasse und die mit ihr verbundenen werktätigen Schichten. Keine der kapitalistischen Regierungen, kein Unternehmer und kein Kaiser der faschistischen Diktatur des Großkapitals kann vorstehen, ohne daß der Gegenstoß der Massen unter kommunistischer Führung einsetzt. In parlamentarischer Massenmobilisierung gegen Not und Reaktion, gegen Hunger und Faschismus, ist ihre Lösung! Zur roten Einheit gegen faschistische Kapitaldiktatur führt die kommunistische Partei durch ihre Kämpfe. In Sachsen stehen die Januarfrage bereits im Zeichen des roten Volksentscheides gegen die Schicksalsdiktatur. An der Schwelle des neuen Kampfes rückt die kommunistische Partei das werktätige Volk zur Formulierung der revolutionären Einheitsfront, zur Entscheidung für den einzigen Weg, der aus Not und Elend, aus kapitalistischer Sklaverei, zur Freiheit unter dem roten Banner mit Sichel und Hammer, zu einem sozialistischen Deutschland führen wird!

Kurpfuscher Arzt

Die Tolerierungspolitik führt zum Faschismus

Der jährliche Arbeiterlohn ist die erdärmliche Rolle des Herrn Kurpfuscher Arzt nur zu gut bekannt. Sein Weg vom schmerzhaften Wundheilenden zum demütigen Händler des Herrn Weis hat den Wunden und den Elend der sozialdemokratischen Arbeiter längst offen zum Ausbruch kommen lassen. Wenn ausgerechnet er in der Neujahrsnummer der Volkszeitung die schmerzbeladene Tolerierungspolitik der SPD zu verteidigen mag, so ist das für die Politik durchaus bezeichnend. Der Inhalt dieses Modusartikels stellt eine glatte Verhöhnung der Arbeitermassen dar, denn dieser politische Kurpfuscher und Heilgehilfe des Kapitalismus behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß die Brüning'schen Notverordnungen ein „Stück Sozialismus“ seien. Die Lüge vom Freiwerden, der systematische Abbau der Arbeitslosenversicherung, die Befreiung der politischen Volksrechte, Lohnabbau, Fühlorgebäude — das alles nennt Herr Arzt „Veränderung der schicksalhaften Diktatur“. Es genügt, an das Gedächtnis des „Vormärts“ zu erinnern, daß Herr Heiler die Notverordnungen Brüning's-ky und fertig übernahm, um die Skrupellosigkeit der „Argumentation“ des Herrn Arzt aufzuzeigen. Die sozialdemokratischen Arbeiter spüren am eigenen Leibe, daß diese Tolerierungspolitik der SPD-Führer erst den Hölle den Boden bereitet. Für die SPD-Arbeiter gibt es im Jahre 1932 keinen anderen Ausweg als die Herstellung der roten Einheitsfront, Schluß an Schluß mit ihren kommunistischen Kampfgesellen, im Kampf um die Verteidigung ihrer Lebensinteressen, die durch die Tolerierungspolitik der Ketz., Edel, Weis und Veipert dem Klassenfeinde preisgegeben worden sind.

Ungenügende Postgebührensenkung

Die Kosten auf die Arbeiter und unteren Beamten abgewälzt. KPD-Antrag auf Rücknahme des Lohnabbaues und der Kündigungen von der SPD im Verwaltungsausschuß abgelehnt

Berlin, 31. Dezember (Eig. Meld.)

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschloß gestern folgende Gebührensenkung.

Die Gebühren für Fernbriefe

bis 20 Gramm von 15 auf 12 Pfennig, für Fernbriefe von 20 bis 250 Gramm von 20 auf 15 Pfennig, die Gebühren für Briefe über 250 Gramm bleiben unverändert.

Die Fernpostkarte kostet künftig statt 8 nur 5 Pfennig, die Postkarte mit Antwort statt 16 nur 12 Pfennig.

Bei den Pateten

werden in Zukunft vom Abender lediglich die Beförderungsgelühren und nur im Falle der Zustellung vom Empfänger die Zustellgebühr von 15 Pfennig für jedes Patet erhoben.

Die Beförderungsgelühren betragen künftig bis zu 5 Kilogramm in der ersten Zone 20 Pfennig, in der zweiten Zone 10 Pfennig, und in der dritten bis fünften Zone 60 Pfennig. Über 5 Kilogramm bis 10 Kilogramm werden die Gebühren in der ersten Zone für jedes Kilogramm 5 Pfennig, in der zweiten mit 10, in der dritten mit 20, in der vierten mit 30 und in der fünften Zone mit 40 Pfennig gestaffelt. Bei Pateten über 10 Kilogramm beträgt diese Staffelung in der ersten Zone 10 Pfennig, in der zweiten 15, in der dritten 20, in der vierten 25 und in der fünften Zone 30 Pfennig. Außerdem wird der Freimachungszwang für Patete aufgehoben.

In der Sitzung forderte Genosse Torgler, der Vertreter der kommunistischen Fraktion, eine wesentlich stärkere Senkung der Gebühren insbesondere für Postkarten und Briefe. Der kommunistische Antrag wurde von allen anderen Verwaltungsausschüßmitgliedern, auch von dem sozialdemokratischen, abgelehnt. Abgelehnt wurde von dem Verwaltungsrat außerdem ein weiterer Antrag der Kommunisten, der verlangte, daß der durch die Wasserordnung diktierte Lohnabbau nicht durchgeführt werde. Schließlich wurde nach der kommunistischen Antrag auf Rücknahme aller Kündigungen und Entlassungen von Volk- und Telegrafentechnikern mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Postbeamten werden jetzt erkennen, daß nur die KPD und die SPD rückhaltlos für ihre Interessen eintreten. Die Antwort auf diesen Verrat der bürgerlich-reformistischen Einheitsfront und der Massenenttarnung der Postler in die NSD sein.

Millionen-Geschenk an die Großindustrie

Herabsetzung aller Zinsen für Bankschulden und Sparausgaben

Die bürgerlichen Telegrammagenturen teilen mit, daß der Reichsausschuß für Bankwesen zu Jahresbeginn die Zinsen für Bankschulden herabsetzen wird. Ueber die Höhe der Kürzung ist noch kein Bericht erfolgt. Gleichzeitig sollen die Zinsen für Sparausgaben auf 4 Prozent bei täglich fälligen Geldern und 5 Prozent bei Geldern mit längerer Kündigungsdauer herabgesetzt werden.

Durch diese Maßnahme bekommt die bis über die Dächer reichende Großindustrie ein noch größeres Wohlstandsgeschenk von vielen hundert Millionen Mark. Der Zinsfuß für Schulden beträgt immer etwas mehr als der Reichsbankdiskont. Der Zinsfuß der Zinsenherabsetzung für die Industrie ist die Hebel-

Im Zeichen des „Burgfriedens“

Faschistischer Arbeitermord in der Silbersternnacht in Zoppot

Der Dresdner Anzeiger meldet:

„In der Silbersternnacht kam es in Zoppot zu einer schweren Schlägerei. Nationalsozialisten wurden in dem Lokal „Bismarckgarten“ von Mitgliedern des dort tagenden Vereins der Freunde der Sowjetunion bedroht, wobei von Seiten der Kommunisten geschossen worden sein soll. Auf die Hilfe der Nationalsozialisten kamen ihnen Parteifreunde zu Hilfe, und es entstand eine schwere Schlägerei, bei der etwa 30 Teilnehmer verwundet und die Einrichtung des Lokals zum großen Teil zerstört wurden. Auf beiden Seiten fielen Schüsse. Der kommunistische Arbeiter Karl Bahur aus Zoppot wurde getötet. Insgesamt wurden 13 Personen festge-

nommen. Ein amtlicher Bericht liegt noch nicht vor.“

Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, erkennt auch aus dieser Meldung, daß die Nazis einen organisierten Mordanschlag auf das Tagungslokal der Arbeiter unternommen haben, der durch die offenbar nationalsozialistische Meldung vertuscht worden ist. Wie wir dazu erfahren, hat die Kriminalpolizei an der Hauptfront des Lokals zahlreiche Gelbheimschläge festgestellt, aus denen hervorgeht, daß die Nazis bei ihrem Sturm auf das Lokal geschossen haben.

Dem faschistischen Terror kann nur die Einheitsfront aller Arbeiter unter revolutionärer Führung ein Ende bereiten!

Splitterdämmerung

Zerfaltung in der SAP. Ströbel ausgetrieben. Zerfall des Brandlergruppchens

Der Reichstagsabgeordnete Ströbel hat seinen Austritt aus der SAP erklärt, deren Vorstand er angehört.

Die schon bei der Gründung der SAP von den Kommunisten gemachte Feststellung, daß eine zentralistische Partei keine Existenzberechtigung hat, wird immer deutlicher bewiesen. Die Sendewerk-Partei, eben erst gegründet, zerfällt, und mit ihr die Gruppe der Redaktoren am Kommunismus, die Brandler'sche KPD.

Die KPD-Genossen um Brandler und Thalheimer befinden sich in völliger Auflösung. In Konsequenz ihrer Hinge gegen die KPD und die KPD fanden die aus der KPD hinausgeworfenen Opportunisten nunmehr auch organisatorisch in dem zentralistischen Sumpf, in dem sie ideologisch schon lange gesteckt haben. So ist jetzt die brandler'sche KPD in die Sendewerk-Partei eingetreten, und es ist nur eine Frage kürzester Zeit, bis die Walcher, Frölich, Enderle, K. Franz, Köhler, Golem, Halbe u. m. d. m. denselben Schritt gehen werden.

Die Genannten haben bereits auf der vor einer Woche stattgefundenen sogenannten Reichskonferenz der Brandler'schen erklärt, daß sie die Körperlichkeit ihres Gruppchens nicht mehr anerkennen, und es ist kein Geheimnis, daß sie sich teilweise schon journalistisch und als Redaktionsmitglieder in der SAP betätigen.

So finden sich die brandler'schen Konfrotouren zu den Konfrotouren Ströbel, Rosenfeld und Sendewerk. Es wird nicht wenig zur Aufklärung der SAP-Arbeiter und zu ihrem Bruch mit der Sendewerk-Gesellschaft beitragen, wenn sie sehen, wie ihre Partei immer mehr zum Sammelboden politisch verfallener, von der revolutionären proletarischen Bewegung ausgeschlossener

Nothenden-Sturm in Indien

Macdonald-Militär schießt auf die Massen

Nach amtlichen Meldungen aus Peshawar ist es zu erneuten Zusammenstößen zwischen revolutionären Nothenden und Macdonald-Militär gekommen. Angeblich sei einem Versuch, ein britische Militärquartier von Kohat zu stürmen, wurden 16 Nothenden erschossen und viele schwer verletzt. Bei einem anderen Zusammenstoß wurden 4 Nothenden abgeschlachtet und 8 verwundet. Die erbitterte Menschenmenge ging darauf gegen die Soldaten Macdonalds vor und verletzte mehrere Soldaten, 73 Personen wurden in den letzten Tagen verhaftet.

Der Krieg in der Mandchurei

Unter dem Druck der Massen hat die Kuomintangregierung den Räumungsbefehl für Kinschau zurückgezogen. Tchangshai-ling hat den chinesischen Truppen, die die Stadt bereits verlassen hatten, den Befehl zum sofortigen Rückmarsch gegeben.

Jetzt, nachdem die Japaner seit 4 Tagen Kinschau seitlich eingekreist haben und die Besetzung der Stadt nur eine Frage von Stunden ist, versucht die Partei des Vorkämpfers Tchangshai-ling, um nicht vollkommen isoliert vor den Werkstätten Chinas zu stehen, durch Schelmann'scher Stimmung für sich zu machen. Aber die Massen haben die Rolle der Partei der Arbeiterschlichter erkannt und kämpfen unter Sichel und Hammer für ihre Befreiung vom imperialistischen Joch mit den roten Partisanen, deren Reihen durch ungeheuren Zulauf von Werkstätten erheblich verstärkt worden sind.

Steine gegen die japanische Bottschaft

Die „Volkszeitung“ meldet:

„Gegen die große Hauptingangstür der japanischen Botschaft in der Tiergartenstraße 3 wurden gestern gegen 6.45 Uhr von jungen Burden zwei laufige Steine geworfen, die die Fensterbänke zertrümmerten. Die Steine waren in ein zotes Tuch eingehüllt, in dem man später einen Zettel fand, mit dem Inhalt: „Zum Schutz der Sowjetunion. Nieder mit den Japanern! Von den Tätern fehlt jede Spur.“

tragung der Diktiermethoden auf das gesamte Kreditwesen. Die Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft wird durch diese Maßnahme zweifellos noch größeren Umfang annehmen.

Während die Großindustrie durch diese Maßnahme ein Zinnsenkungsprivileg bekommt, würden die kleinen Spareer durch die Herabsetzung der Zinsen schwer geschädigt werden. Die Kleinen sollen auf diese Weise die Zinsen für die Großen bezahlen. Die kapitalistische Enteignung der Kleinen nimmt immer größeren Umfang an. Wann werden die Großen enteignet werden?

Mieterstreik in Zichow

In der Gemeinde Zichow beschloßen die Mieter, die in dem Gemeindegewandhaus wohnen, ab 1. Januar 1932 in den Mieterstreik zu treten.

Beschluß des Zentralkomitees der KPD

gegen die Duldung falscher Auffassungen an der theoretischen Front

1. In der von der Propagandabteilung des Zentralkomitees herausgegebenen Zeitschrift „Der Propagandist“ (Jahrgang 1931) waren in einer Reihe von Artikeln in den verschiedenen Nummern vorläufige, schwere ideologische Abweichungen und Fehler enthalten. Diese Abweichungen und Fehler der Zeitschrift „Der Propagandist“ wurden im Artikel des Genossen Thalmann „Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung“ in der „Internationale“ feststellend hervorgehoben und in zwei weiteren Nummern des „Propagandisten“ erörtert. Die für die Leitung der Propagandabteilung und die Redaktion des „Propagandisten“ verantwortlichen Genossen haben die Gelegenheit, die ihnen von der Partei gegeben wurde, nicht benutzt, um ihre Fehler in hochbeweislicher Selbstkritik offen anzuerkennen und zu korrigieren.

2. Die in den letzten erschienenen Nummern des „Propagandisten“ vom Dezember 1931 und die Januarnummer 1932 enthalten vielmehr erneut von Beweisen, daß die Genossen den Versuch machen, ihre Fehler zu vertuschen, zu beschönigen und fortzusetzen.

Die Darstellung der im Artikel des Genossen Thalmann behandelten politischen Probleme in diesen Nummern des „Propagandisten“ ist völlig ungenügend. Der Hauptfehler einer liberalen Gegenüberstellung von Demokratie und Faschismus, von Sozialfaschismus und Hitler-Faschismus wird keineswegs genügend beseitigt. Die entscheidenden Fehler, die die Zeitschrift „Der Propagandist“ selber durch Verherrlichung antisemitischer Auffassungen bei der Anwendung der Lösung „Kollektivisation“ begangen hat, werden direkt verheimlicht.

Der Leitartikel in der Januarnummer 1932 des „Propagandisten“ enthält die Formulierung:

„Diese Kritik verpflichtet uns, die Kontrolle der Redaktion über den Inhalt der Zeitschrift zu verschärfen.“

Es wird also der Versuch unternommen, vor den Lesern der Zeitschrift „Der Propagandist“ die Tatsache zu verheimlichen, daß es bei der bisherige Verherrlichung falscher, antisemitischer Auffassungen in der Zeitschrift „Der Propagandist“ um eigene Fehler der Redaktion handelt. Statt dessen soll der Eindruck erweckt werden, als ob der Fehler der Redaktion nur in mangelnder Kontrolle besteht. Dieser Versuch einer Täuschung der Parteimitgliedschaft und des Lesers jeder kritischen Selbstkritik gegen die verhängnisvolle Haltung der betreffenden Genossen gegenüber den begangenen Fehlern.

3. Der Genosse K. E. (Emel), der der Hauptverantwortliche der feilbrüderlichen antisemitischen Auffassungen in der Zeitschrift „Der Propagandist“ war, wurde nichtabgemeldet durch die Propagandabteilung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg als Referent über die im Artikel des Genossen Thalmann aufgeworfenen Fragen bei der Vorbereitung des politischen Schulungsabends im Unterbezirk Nordwest eingesetzt. Der Genosse K. E. benutzte sein bisheriges Referat zur Verschönerung seiner Fehler. Die Verwendung des Genossen Emel als Referent zu dieser Frage, ohne Garantie dafür, daß er seine Fehler eingestehen und korrigieren werde, beweist den ungenügenden Kampf der Propagandabteilung der Berliner Bezirksleitung gegen die Abweichungen und Fehler in der theoretischen und praktischen Arbeit. Das Verhalten des Genossen Emel vor den Referenten des UB Nordwest beweist, daß dieser Genosse keine Fehler zu korrigieren und fortzusetzen verlor. Nach einer von ihm abgegebenen Erklärung zu seinen Fehlern antwortet infolge ihres ungewissen Charakters nicht einer wirklichen demokratischen Selbstkritik.

propagandabteilung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg als Referent über die im Artikel des Genossen Thalmann aufgeworfenen Fragen bei der Vorbereitung des politischen Schulungsabends im Unterbezirk Nordwest eingesetzt. Der Genosse K. E. benutzte sein bisheriges Referat zur Verschönerung seiner Fehler. Die Verwendung des Genossen Emel als Referent zu dieser Frage, ohne Garantie dafür, daß er seine Fehler eingestehen und korrigieren werde, beweist den ungenügenden Kampf der Propagandabteilung der Berliner Bezirksleitung gegen die Abweichungen und Fehler in der theoretischen und praktischen Arbeit. Das Verhalten des Genossen Emel vor den Referenten des UB Nordwest beweist, daß dieser Genosse keine Fehler zu korrigieren und fortzusetzen verlor. Nach einer von ihm abgegebenen Erklärung zu seinen Fehlern antwortet infolge ihres ungewissen Charakters nicht einer wirklichen demokratischen Selbstkritik.

Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg hat aus diesem Grunde bereits den Befehl erteilt, daß die Verwendung des Genossen Emel als Referent überhört, die Verwendung des Genossen Kraus als Referent zu dieser Frage nicht mehr zulässig ist. Das Zentralkomitee begünstigt diesen Befehl.

4. Das IK beschließt auf Grund dieser Tatsachen:

- Dem Genossen Emel wird wegen seines Verhaltes, mit Hilfe der ihm von der Partei übertragenen Funktion, unlenkbar falsche Auffassungen zu propagieren und diese Tätigkeit auch nach der Aufhebung seiner Fehler durch den Artikel des Genossen Thalmann fortzusetzen, eine Rüge erteilt. Der Genosse wird keine Funktion als Stellvertreter der Leiter der Propagandabteilung erhalten.
- Der Genosse Kraus wird wegen der Duldung dieser Fehler in der Dezembernummer 1931 und Januarnummer 1932 der Zeitschrift „Der Propagandist“ keine Funktion als Leiter der Propagandabteilung erhalten.
- Dem Genossen Stauer von der Propagandabteilung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg wird wegen der unkontrollierten Verwendung des Genossen Emel als Referent eine Verwarnung ausgesprochen.

5. Das Zentralkomitee fordert die gesamte Partei auf, einen ideologischen Kampf gegen jede Verherrlichung falscher und antisemitischer Auffassungen in der theoretischen und praktischen Arbeit der Partei und gegen jedes Verheimlichen gegenüber begangenen Fehlern aufzunehmen.

Berlin, den 31. Dezember 1931